
3854/J XXVIII. GP

Eingelangt am 27.10.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Ricarda Berger
an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung
betreffend **Österreichische Esskultur unter Druck? Speiseplan in den Betriebskindergärten des Bundes auf dem Prüfstand**

Kürzlich wurde bekannt, dass in immer mehr österreichischen Schulen – insbesondere in Wien – Schweinefleisch vom Speiseplan gestrichen wird. Eltern und Elternvertreter zeigen sich besorgt darüber, dass traditionelle österreichische Speisen zunehmend aus Rücksicht auf bestimmte religiöse Ernährungsvorschriften nicht mehr angeboten werden. Die Ursache für diese Anpassung der Ernährungspläne steht zweifellos im Zusammenhang mit der Flutung heimischer Bildungseinrichtungen durch migrantische Kinder.¹

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob ähnliche Entwicklungen oder Vorgaben auch in den Betriebskindergärten des Bundes zu beobachten sind. Diese Einrichtungen unterstehen unmittelbar dem Bund und sind organisatorisch den jeweiligen Ressorts zugeordnet, wodurch etwaige interne Empfehlungen oder Richtlinien direkten Einfluss auf die Speiseplangestaltung nehmen können. Dabei ist insbesondere zu klären, ob traditionelle österreichische Gerichte, etwa solche mit Schweinefleisch, seltener angeboten oder bewusst durch alternative Gerichte ersetzt werden.

Da der Bund als Betreiber öffentlicher Betreuungseinrichtungen eine besondere Verantwortung trägt, ist von Interesse, inwiefern die Bundesregierung sicherstellt, dass in den Betriebskindergärten des Bundes österreichische Esskultur angemessen berücksichtigt wird und keine einseitige Orientierung an bestimmten religiösen, hauptsächlich muslimischen, Ernährungsregeln erfolgt.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung nachstehende

¹ <https://unzensuriert.at/312779-essen-in-der-schule-eltern-muessen-um-schweinefleisch-kaempfen/>
(aufgerufen am 14.10.2025)

Anfrage

1. Liegen Ihrem Ressort Kenntnisse über Änderungen im Speiseplan von Betriebskindergärten im Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts bzw. nachgelagerter Dienststellen vor, insbesondere betreffend den Verzicht auf Schweinefleisch?
 - a. Falls ja, wann und aufgrund welcher Entscheidungen wurden diese Änderungen vorgenommen?
2. Gibt es interne oder ressortübergreifende Vorgaben, Empfehlungen oder Standards, die vorschreiben oder nahelegen, auf islamische Speisevorschriften (etwa Verzicht auf Schweinefleisch, Halal-Prinzipien) Rücksicht zu nehmen?
 - a. Falls ja, wer hat diese erarbeitet?
 - b. Falls ja, was konkret wurde festgelegt?
 - c. Knüpfen sich solche Vorgaben an bestimmte Kriterien (z.B. Anzahl muslimischer Kindergartenkinder)?
 - d. Werden dabei religiöse oder kulturelle Ernährungsregeln ausdrücklich berücksichtigt?
 - i. Falls ja, welche?
3. Wird in den Betriebskindergärten des Bundes regelmäßig überprüft, ob der Menüplan den in Österreich üblichen Ernährungsgewohnheiten und gesundheitlichen Empfehlungen für Kinder entspricht?
 - a. Falls nein, warum nicht?
4. Welche Personengruppen (etwa Elternvertretungen, Küchenpersonal oder externe Anbieter) sind in die Erstellung der Speisepläne eingebunden?
5. Gibt es seitens der Bundesregierung Bestrebungen, eine einheitliche, ausgewogene Ernährungspolitik für sämtliche Betriebskindergärten des Bundes festzulegen?
6. Wie wird sichergestellt, dass traditionelle österreichische Gerichte weiterhin angemessen im Speiseplan berücksichtigt werden?
7. Wie gestaltet sich der derzeitige durchschnittliche Ernährungsplan (Beispielwoche) in einem Betriebskindergarten in Ihrem Zuständigkeitsbereich?
8. Liegen Ihrem Ressort Beschwerden oder Rückmeldungen von Eltern oder Bediensteten vor, die sich auf eine einseitige Berücksichtigung religiöser, insbesondere muslimischer Ernährungsregeln in den Betriebskindergärten beziehen?
 - a. Falls ja, wie viele und aus welchen Jahren?
9. Wie wird sichergestellt, dass der Einfluss muslimischer Migranten auf die Ernährungspläne in heimischen Betriebskindergärten des Bundes verhindert wird?